

Gute Arbeit im globalen Handel

Perspektiven einer Global Governance des Freihandels



Im folgenden Beitrag wird der Zusammenhang von Freihandelsabkommen und Arbeitsbedingungen weltweit in den Blick genommen werden. Als normativer Zielkorridor werden Standards menschenwürdiger, gerechter und guter Arbeit dargelegt. Ziel muss eine internationale Angleichung auf höchstem Niveau sein. Die Suche nach konkreten Umsetzungsoptionen greift zurück auf unternehmerische Selbstverpflichtungen, unilaterale Handelssanktionen und die Integration von Sozialklauseln in das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO). Zudem muss es in Zukunft darum gehen, die institutionelle Zusammenarbeit zwischen internationaler Arbeitsorganisation (ILO) und WTO zu verbessern sowie einen Internationalen Arbeitsgerichtshof zu etablieren.



Markus
Demele

Freihandel – eine vergessene Debatte

Während in der aktuellen TTIP-Debatte primär Themen des Verbraucher- und Umweltschutzes adressiert werden, ist die Frage nach den Auswirkungen des Freihandels auf die Arbeitsbedingungen in aller Welt bisher nur wenig in den Blick genommen worden. Dabei führen nicht nur Gewerkschafter und Globalisierungsaktivisten diesen Diskurs schon seit Jahrzehnten. Selbst die Ministerkonferenz der G8 formulierte 2007 zumindest deklaratorisch, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Teil sämtlicher bi- und multilateraler Handelsabkommen sein müssten (G8-Arbeits-

und Beschäftigungsministerkonferenz 2007, S. 7).

Im Folgenden soll der Zusammenhang von Freihandelsabkommen und Arbeitsbedingungen weltweit in den Blick genommen werden. Dazu wird eingangs knapp der Status quo und die jüngste Entwicklung der Governance des Welthandels skizziert. Im Anschluss wird kurz der normative Zielkorridor menschenwürdiger, gerechter und guter Arbeit benannt. Den Schwerpunkt bildet jedoch die Diskussion um die bestmögliche Implementierung von Arbeitsschutzrechten in ein zukünftiges Welthandelsregime.

Governance des Welthandels

Das Wachstum der globalen Exporte und des internationalen Güteraustausches – um das rund 60fache allein seit 1970 – war immer von Debatten um die Regulierung des Handels durch Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse wie Importquoten geprägt. In Auseinandersetzung mit David Ricardo und David Hume wurden im Ringen zwischen Protektionisten und Liberalen bereits im 17. und 18. Jahrhundert höchst differenzierte Vorschläge in die

Handelspolitik eingebracht, die das Ziel hatten, den Wohlstand einer Volkswirtschaft zu erhöhen. „So plädierten Alexander Hamilton oder Friedrich List für eine zumindest vorübergehende staatliche Industriepolitik in Verbindung mit Schutzzöllen, damit rückständige von überlegenen Ökonomien nicht überrollt werden, sondern sich eigenständig industrialisieren und entwickeln können“ (Bieling 2013, S. 41). Prägend für das ökonomische Mainstream-Denken war

Mitte des 20. Jahrhunderts das sogenannte Heckscher-Ohlin-Samuelson-Theorem vom Ausgleich der Faktorpreise – auch der Löhne – weltweit durch Freihandel ohne Migration (Nitsch 2001, S. 315). Für welches Land welche handelspolitischen Maßnahmen sinnvoll sind, um Wachstum und Beschäftigung zu befördern, ist und bleibt jedoch in den Wirtschaftswissenschaften oft eine Glaubensfrage, in der Wort und Tat nicht zwingend übereinstimmen. Während z. B. die USA einen weitgehend freien Handel propagieren, fallen die handelsverzerrenden Agrarsubventionen, mit denen ausländische Anbieter vom Markt fern gehalten werden, in Nordamerika besonders hoch aus (vgl. Stiglitz 2006, S. 341).



Niedrige Löhne und verminderte Arbeitsschutzrechte verbessern die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ohne politische Strukturreformen

Ohne Zweifel jedoch spielen komparative Kostenvorteile beim Wettlauf der Exportstandorte eine entscheidende Rolle. Viele wirtschaftlich schwache Volkswirtschaften im Süden und